

# Der Vollzugsdienst

1/2015 – 62. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Gewalt im Justizvollzug:  
Bedienstetenschutz  
ist Führungsaufgabe**

Kommentar von Anton Bachl,  
BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 1

**Elektrowerkstatt der  
Justizvollzugsanstalt  
Fuhlsbüttel ausgezeichnet**

Für herausragende Leistungen in der  
dualen Berufsausbildung geehrt

Seite 28

**„Eiszeit“ – Frostige Zeiten  
für Landesbeschäftigte  
in Hessen ab 2015**

Weitere „Sonderopfer“ von  
Beamtinnen und Beamten gefordert

Seite 31



Foto: dbb Journal

**Fachteil: 10 Jahre dbb Jahrestagung in Köln**



Berlin



Rheinland-Pfalz



Sachsen

## INHALT

### BUNDESVORSTAND

- 1 Gewalt im Justizvollzug: Bedienstetenschutz ist Führungsaufgabe
- 2 Islamisten – eine Klientel im Blickpunkt der Öffentlichkeit
- 3 Russ stimmt auf schwierige Einkommensrunde mit Ländern ein
- 3 Gute Investition
- 4 In wenigen Tagen beginnt der große Kampf!


### LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 18 Bayern
- 19 Berlin
- 24 Brandenburg
- 27 Bremen
- 28 Hamburg
- 31 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 40 Niedersachsen
- 43 Nordrhein-Westfalen
- 57 Rheinland-Pfalz
- 62 Saarland
- 64 Sachsen
- 67 Sachsen-Anhalt
- 70 Schleswig-Holstein
- 71 Thüringen

### FACHTEIL

- 73 10 Jahre dbb Jahrestagung in Köln. Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

<b>Bundesvorsitzender</b>	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzende</b>	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
<b>Stellv. Bundesvorsitzender</b>	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
<b>Schriftleitung</b>	Burghard Neumann	<b>vollzugsdienst@t-online.de</b>

#### Landesverbände **Vorsitzende**

<b>Baden-Württemberg</b>	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
<b>Bayern</b>	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
<b>Berlin</b>	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
<b>Brandenburg</b>	Rainer Krone	<b>bsbdbrb@t-online.de</b> www.bsbd-brb.de
<b>Bremen</b>	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
<b>Hamburg</b>	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
<b>Hessen</b>	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
<b>Niedersachsen</b>	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
<b>Rheinland-Pfalz</b>	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
<b>Saarland</b>	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
<b>Sachsen</b>	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
<b>Sachsen-Anhalt</b>	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
<b>Schleswig-Holstein</b>	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
<b>Thüringen</b>	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

**Redaktionsschluss**

für die Ausgabe 2/2015:



**15. März 2015**



## Beihilfe-Festbetragsregelung

Vorschlag aufgegriffen

Innensenator Frank Henkel ist dem Vorschlag des dbb berlin und seiner Fachgewerkschaften gefolgt und lässt alle Widersprüche gegen die Beihilfefestbetragsregelung bis zu einer Entscheidung des OVG Berlin-Brandenburg ruhen.

Der **dbb berlin** hatte, nachdem das Berliner Verwaltungsgericht am 24. September letzten Jahres in allen Musterverfahren den Klagen der Beihilfeberechtigten stattgegeben, aber eine Berufung zugelassen hat, vor unnötigem Verwaltungsaufwand gewarnt. Wenn nämlich das Landesverwaltungsamt – wie ursprünglich beabsichtigt – bis zur Entscheidung der Berufungsinstanz alle Widersprüche der Betroffenen abgewiesen hätte, wären damit zahllose vermeidbare Klagen losgetreten worden.

Wie der Innensenator jetzt dem **dbb berlin** schriftlich mitgeteilt hat, wird das Landesverwaltungsamt Berlin zwar



Innensenator Frank Henkel.

Foto: www.berlin.de



BSBD Landesvorsitzender Thomas Goiny.

Foto: BSBD Berlin.de

gegen alle Beihilfeentscheidungen des VG Berlin vom 29. September 2014 (VG 7 K 164.14; VG 7 K 148.14; VG 7 K 202.14 und VG 7 K 204) Berufung einlegen, aber soweit gerichtlich anhängig und noch nicht entschieden, das Ruhen der Widerspruchsverfahren bis zur Entscheidung durch das Oberverwaltungsgericht beantragen.

Der Vorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, ist für seine Mitglieder zufrieden mit der Zwischenentscheidung.

Dadurch wird der Aufwand für die Beihilfeberechtigten im Justizvollzug auf ein Minimum reduziert und die Forderung des **dbb berlin** durch die Innenverwaltung somit erfüllt. Sollte das OVG das erstinstanzliche Urteil bestätigen, wird die Innenverwaltung eine entsprechende Anpassung der Landesbeihilfeverordnung prüfen.

## BSBD ist gegen Personaleinsparungen

Forderung nach mehr Ausbildung wird ausdrücklich unterstützt

In Dresden hatten sich am 5. Dezember 2014 rund 70 Justizvollzugsbedienstete aus Sachsen und Bayern versammelt, um ihre Themen für die kommende Einkommensrunde zu diskutieren.

Ein zentrales Thema der internen Diskussion der in den Justizvollzugseinrichtungen Beschäftigten war die angespannte Personalsituation in Sachsen. „Jeder weitere Stellenabbau muss umgehend gestoppt und die erhöhten Anforderungen, die sich aus der Umsetzung neuer gesetzlicher Regelungen, etwa bei der Sicherheitsverwahrung, ergeben, in Kürze mit einem ausreichenden Personalschlüssel unterlegt werden“, machte **René Selle**, der Vorsitzende des Bund der Strafvollzugsbediensteten (**BSBD**) Sachsen, deutlich.

„Wichtig ist auch, die Aus- und Fortbildung personell und finanziell auf sichere Fundamente zu stellen und diese Weiterbildungsmaßnahmen sowohl langfristig Beschäftigten als auch Berufsanfängern zu ermöglichen.“ Außerdem, so die abschließende Forderung des **BSBD**-Landesvorsitzenden aus Sachsen, müsse die Stellenzulage für Justizvollzugsanstalten auf die Höhe der Polizeizulage angepasst werden, um den gestiegenen Anforderungen im Justizvollzug gerecht zu werden.

„Die Argumente, die ich aus unserem heutigen Meinungsaustausch mitnehme, zeigen, dass die Übernahme des kommenden Tarifabschlusses für die überwiegend beamteten Kolleginnen und Kollegen im sächsischen und bayerischen Justizvollzug einen hohen Stellenwert besitzt“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der **dbb Bundestarifkommission Karl-Heinz Leverkus**. „Den Beamtinnen und Beamten wurde ge-

nug Verzicht zugemutet. Damit endlich Schluss ist mit den Sonderopfern, werden auch die beamteten Beschäftigten im Justizvollzug in der nächsten Einkommensrunde gemeinsam mit ihren angestellten Kolleginnen und Kollegen für eine angemessene Personalausstattung und gerechte Bezahlstrukturen eintreten.“

Für Berlin stellt der Landesvorsitzende **Thomas Goiny** die Forderung nach deutlich verbesserten Anreizmöglichkeiten für den Justizvollzug auf. „Wir benötigen eine Erhöhung der Anwärterbezüge und die Wiedereinführung von Anwärterson-



Foto: BSBD Berlin.de

derbezügen, um die notwendigen Bewerber anzusprechen. Gleichzeitig müssen berufliche Vorzeit so anerkannt werden, dass die Erfahrungsstufe 2, als Eingangsstufe für das Grundgehalt gilt. Gleichzeitig bedarf es einer gezielten und ansprechenden Werbekampagne, um mögliche Bewerber/innen anzusprechen.

### Aufforderung zur Teilnahme an dbb Maßnahmen

Die Beamtinnen und Beamten im Berliner Justizvollzug forderte **Goiny** auf, sich bei den kommenden Tarifverhandlungen aktiv an den Maßnahmen des **dbb** zu beteiligen.

„Nur die gemeinsame Forderung und Unterstützung durch alle Berufsgruppen kann das Ergebnis der Tarifverhandlungen in die richtige Bahn lenken“, sagte **Goiny** abschließend.



www.bsbd-berlin.de



Über uns

Service

Personalräte

Links

Archiv

## Gesamtpersonalrat bildet Arbeitsgruppen

Der Gesamtpersonalrat der Berliner Justiz hat zwei Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, die sich mit der Ausbildungs- und mit den aktuellen Haushaltsberatungen im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Doppelhaushalt 2016/2017 befassen sollen.

Die eine Arbeitsgruppe wird sich mit der Gesamtproblematik der Aus- und Fortbildung sowie der Nachwuchsgewinnung befassen. Dabei sollen zusammen mit der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung, die vorhandenen Ausbildungskonzepte überprüft werden und im Zusammenhang mit der Einführung

der elektronischen Akten auch die Voraussetzungen der Ausbildungsberufe überprüft werden. Dies gilt für alle Ausbildungsberufe in der Berliner Justiz.

Der **BSBD Berlin** unterstützt ausdrücklich dieses Vorhaben und wird sich auch bei dem Thema Anreizmodelle für den Justizvollzug ansprechen. Die zweite Arbeitsgruppe wird sich im Rahmen der Haushaltsberatung mit den vorliegenden Zahlen der Dienstkräfteeinmeldung, der Stellenwirtschaft und den notwendigen Sachmittel im Haushalt befassen. Dabei ist schon jetzt festzustellen, dass viele örtliche Personalräte durch die Dienststellen bei der Dienstkräfteeinmeldung nicht oder nur unvollständig beteiligt wurden. Da muss jetzt personalvertretungsrechtlich gehandelt werden.

BSBD Berlin unterstützt Tarifforderung:

## In die Zukunft investieren

Öffentlichen Dienst der Länder nicht kaputtsparen

**5,5 Prozent Einkommensplus, mindestens aber 175,00 Euro mehr, lautet die Forderung des dbb beamtenbund und tarifunion für die Einkommensrunde im öffentlichen Dienst der Länder, die am 16. Februar 2015 startet.**

Auszubildende sollen eine Entgelterhöhung von 100,00 Euro erhalten und dauerhaft übernommen werden. Das Tarifiergebnis soll zudem zeit- und inhaltsgleich auf die 2,2 Millionen Beamten und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen übertragen werden.

Das beschlossen Bundestarifkommission und Bundesvorstand des dbb am 18. Dezember 2014 in Berlin.

### Die Kernpunkte der dbb-Forderung im Überblick:

- Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) um 5,5 Prozent, mindestens aber um 175 Euro
- Erhöhung der Entgelte für alle Auszubildenden um 100 Euro monatlich
- Laufzeit 12 Monate
- Zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich
- Dauerhafte Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich
- Schaffung einer Entgeltordnung für Lehrkräfte

„Die Infrastruktur in Deutschland wird von Bürgern und Wirtschaft geschätzt und genutzt. Allerdings ist ihre Qualität zunehmend bedroht, weil eine wesentliche Säule dieser Infrastruktur, der öffentliche Dienst der Länder, kaputtgespart wird“, sagte **dbb**-Vize und Vorstand Tarifpolitik **Willi Russ** in Berlin, der die Tarifverhandlungen für den **dbb** führen wird.

Der **dbb** Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** betonte die Bedeutung der anstehenden Tarifrunde für den Beamtenbereich: „Die entwürdigende Deckelungs-, Streckungs- und Kürzungspraxis aus dem Jahr 2013, die mit Ausnahme von Bayern und Hamburg in allen Bundesländern an den Tag gelegt wurde, als es um die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Landes- und Kommunalbeamten ging, darf sich nicht wiederholen!“



# Für mich die Einzige



## Zu Beginn des Ruhestandes „Abschlagszahlungen“ ausgezahlt

dbb berlin zum beamtenpolitischen Grundsatzgespräch beim Senator für Inneres und Sport

Am 4. Dezember 2014 kamen Innensenator Frank Henkel, begleitet von seinen beiden Staatssekretären Bernd Krömer und Andreas Statzkowski, sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Senatsverwaltungen Inneres und Sport, Finanzen sowie Justiz und Verbraucherschutz zum zweiten beamtenpolitischen Grundsatzgespräch mit der Landesleitung des dbb berlin und den dbb Vertretern aus dem Hauptpersonalrat zusammen.

In einem mehrstündigen konstruktiven Gespräch wurden u. a. die Möglichkeiten des Hinausschiebens des Eintritts in den Ruhestand auf Antrag, die Stärkung des Ehrenamtes unter Berücksichtigung der gemeinsamen Erklärung des Regierenden Bürgermeisters und des HPR zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Land Berlin, Arbeitsentlastung von nicht freigestellten Personalratsmitgliedern und die Nicht-Übernahme von Bundesregelungen zur Beihilfe diskutiert. Einen breiten Raum nahm die Diskussion um die Förderung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ein.

„Nicht zu allen Themen konnten Ergebnisse oder Übereinstimmungen gefunden werden, so dass wir zu Einzelthemen

weitere Gespräche auf Mitarbeiterebene verabredet haben. Ausdrücklich kritisiert wurde unsererseits, dass zahlreichen Pensionären/innen zu Beginn ihres Ruhestandes lediglich Abschlagszahlungen ausgezahlt werden. Hier erwartet der dbb berlin, dass die Personalakten der Pensionsstelle früher zur Verfügung gestellt werden, damit die entsprechenden Berechnungen rechtzeitig zu Beginn des Ruhestandes abgeschlossen sind. Darü-

ber hinaus erwarten wir, dass Informationen – insbesondere für Pensionäre/innen – nicht nur auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt werden, da nicht jedem/r ehemaligen Beschäftigten ein Zugang zum Internet zur Verfügung steht“, kommentiert der Landesvorsitzende des dbb berlin, Frank Becker, das Grundsatzgespräch. Über die einzelnen Ergebnisse des Gespräches wird der dbb berlin ausführlich berichten.



Im Bild v.l.n.r.: Ferdinand Horbat, Monika Opitz (stellv. Landesvorsitzende dbb berlin), Detlef Dames (HPR Vertreter des dbb berlin), Innensenator Frank Henkel, Landesvorsitzender des dbb berlin, Frank Becker, Thomas Goiny (koopt. Landesleitungsmitglied dbb berlin) und Bodo Pfalzgraf (stellv. Landesvorsitzender dbb berlin).

## Steht Berlins Jugendstrafvollzug vor dem Aus?

Im AVD, bei Diplompsychologen und Sozialarbeitern werden Stellen gestrichen

Völlig unklar ist nach Einschätzung des BSBD Berlin, wohin der Weg des Jugendstrafvollzuges in Berlin führt. Das ist die Konsequenz der Neuausrichtung des Berliner Jugendstrafvollzuges aufgrund der Organisationsberichterstattung des Jahres 2013.

Diese Umstrukturierung durch eine sogenannte Expertenkommission hat aber viele Fragen aufgeworfen. Aus Sicht des BSBD Berlin ist sie eigentlich nichts anderes als ein verbrämtes Konzept zum Personalabbau. Trotz aller anderslautender Aussagen und Beschlüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin werden nämlich im allgemeinen Justizvollzugsdienst und insbesondere auch bei den Diplompsychologen und Sozialarbeitern in der Dienstkräftenmeldung 2016/2017 Stellen gestrichen.

Unabhängig von den besonderen Aufgaben der einzelnen Anstalten wird eine

neue Verwaltungsstruktur im Berliner Vollzug eingeführt. Dafür wurde die Verwaltung neu organisiert und auf vier „Säulen“ gestellt. Davon ist auch die Jugendstrafanstalt betroffen.

„Eine funktionierende Verwaltung ist wichtig! Der vorrangige Auftrag der Jugendstrafanstalt ist und bleibt aber die Betreuung und Versorgung sowie die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in der Anstalten durch den Sozial- und allgemeinen Vollzugsdienst, die die Hauptlast der täglichen Arbeit tragen“, kommentiert der stellvertretende Berliner BSBD-Chef Thomas Bestmann die Gewichtung der Umstrukturierungsmaßnahmen kritisch.

### „Langer Riegel“ widerspricht Erziehungsauftrag

Der BSBD Berlin bedauert, dass der Anstaltsleiter der Jugendstrafvollzugsanstalt diese wichtigen Grundsätze an-

scheinend aus dem Blick verloren hat. So widerspreche die Einführung eines sogenannten „langen Riegels“ (Nachtverschluss von 18:00 Uhr bis 10:00 Uhr am nächsten Tag) im Jugendstrafvollzug klar dem im Gesetz formulierten Erziehungsauftrag.

Zur Umsetzung dieses Vorhabens will man überdies die Kolleginnen und Kollegen des allgemeinen Justizvollzugsdienstes zu veränderten Dienstzeiten zwingen, ohne zuvor auch nur ansatzweise ihre Bedenken anzuhören geschweige denn die Veränderungen mit ihnen zu besprechen.

„Durch diese Vorgehensweise werden ohne Not weitere 16 Stellen des allgemeinen Justizvollzugsdienstes eingespart“, kritisierte der stellvertretende Landesvorsitzende des BSBD.

Bei steigenden Belegungszahlen (6800 nicht vollstreckte Haftbefehle in Berlin) ist die Sicherheit und Ordnung der Jugendstrafanstalt Berlin in Gefahr.

Senatsverwaltung für Justiz beteuert:

## Kein „Einstieg“ in die Privatisierung in der Berliner Justiz

BSBD Berlin warnt: Das Thema ist noch nicht vom Tisch!

**Der vom Präsidenten des Amtsgerichts Tiergarten erwogene Einsatz privater Dienstleister bei der Eingangskontrolle bezweckt keinen „Einstieg“ in die Privatisierung des Justizwachtmeisterdienstes, sondern sei einer einmaligen und in ihrer Dimension unerwarteten Häufung sicherheitsrelevanter Strafverfahren ab November 2014 im Kriminalgericht Moabit geschuldet. Ebenso sei eine Privatisierung bei den Pforten der Justizvollzugsanstalten nicht geplant.**

Das hat der Senator für Justiz und Verbraucherschutz, **Thomas Heilmann**, am 21. Januar 2015 im Rahmen der Sitzung des Ausschusses Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten erneut bestätigt. Auf Antrag der Fraktion „die Linken“ und durch den Berichtsauftrag des Hauptausschusses, hatte sich der Rechtsausschuss mit dem Thema befasst.

Der Ausschuss beschloss, dass der Einsatz privater Wachschutzfirmen, bis zum Ende der Legislaturperiode 2016 nicht umgesetzt wird und dass dies auch nicht der Wille der Fraktionen sei.

Nach der damaligen Einschätzung der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz werden in den nächsten zwei Jahren zu den Hauptverhandlungsterminen der Prozesse im Kriminalgericht jeweils dienstags und donnerstags insgesamt 194 sicherheitsdiensttaugliche Beschäftigte beim ZDS benötigt. Am 3. November 2014 seien jedoch nur 184 einsatzbereit gewesen. Gegenwärtig werde deshalb geprüft, ob für zwei Tage in der Woche sicherheitsdiensttaugliches Personal aus anderen Gerichten oder aus den Strafverfolgungsbehörden beim ZDS eingesetzt werden kann, ohne dass deren Sicherheitsbelange dadurch beeinträchtigt werden.

Die Personalvertretungen hatten kritisiert, dass nach eigenen Informationen 260 Wachtmeister sehr wohl in der Lage sind, die Sicherheit im Amtsgericht Moabit zu gewährleisten. Die Senatsverwaltung hatte zugesichert den Sachverhalt mit den zuständigen Personalvertretungsgremien ausführlich zu beraten und zum Gegenstand eines personalvertretungsrechtlich gebotenen Beteiligungsverfahrens zu machen. Schließlich werde

geprüft, ob und inwieweit Polizeikräfte über das ohnehin zugesagte Maß hinaus auch bei der Zugangskontrolle Unterstützung gewähren könnten.

Zu der Anfrage im Abgeordnetenhaus war es gekommen, nachdem **dbb berlin** und **DJG Berlin** Alarm geschlagen hatten, weil bereits ab dem 17. Oktober elf Mitarbeiter der Privatfirma **WISAG** an zwei Tagen in der Woche bei den Eingangskontrollen im Amtsgericht Tiergarten unterstützend tätig werden sollten. Weniger kostenintensive vorhandene Möglichkeiten waren zuvor nicht geprüft worden. Überraschend kam das Vorgehen im Amtsgericht Tiergarten auch für die Abgeordneten des Berliner Abgeordnetenhauses. Aufgrund der Warnungen von **dbb berlin** und **DJG Berlin** sprach sich der Hauptausschuss umgehend und einmütig gegen eine Privatisierung durch die Hintertür aus und verlangte bis 26. November einen Bericht über die Vorgänge beim Amtsgericht Tiergarten.

### BSBD Berlin gibt auch weiterhin keine Entwarnung

„Aktuell wird die Privatisierung der Pforten auf Grund der politischen Diskussionen und der von Seiten der Beschäftigtenvertretungen geäußerten Bedenken nicht weiter verfolgt.“

Verbleibt es bei einer Einsparvorgabe von 205 VZÄ, kann auf Dauer aber nicht ausgeschlossen werden, dass entsprechende Betrachtungen dazu wieder aufgenommen werden müssen“, heißt es in der Antwort der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz. Der Senator unterstrich in der Rechtsausschusssitzung, dass Erfahrungen in anderen Bundesländern „einer tieferen Betrachtung noch nicht unterzogen“ worden sind. Man gehe aber davon aus, dass auch diese Bundesländer rechtskonform handelten.

Der **BSBD Berlin** warnte davor, dass das Thema noch nicht vom Tisch ist. Durch Personaleinsparungen, werde systematisch das Personal an den Pforten reduziert um den Dienstbetrieb in den Teilanstalten aufrecht zu erhalten. Damit ist das Argument „zusätzliches Personal nur vorübergehend einzusetzen“ unterstrichen. Im Jahr 2012 und 2013 wurden

keine Ausbildungslehrgänge einberufen. Diese Personallücke macht sich nun aus Sicht des **BSBD** sträflich bemerkbar. Der **BSBD** begrüßt ausdrücklich die Entscheidung in 2014 drei Lehrgänge und in 2015 vier Lehrgänge auszubilden. Die Einstellungsgespräche werden derzeit durchgeführt. Allerdings füllen diese Lehrgänge noch nicht einmal die altersbedingten Personalabgänge der nächsten Jahre. Um das Konzept nach außen hin schlüssig darzustellen, wurden im Rahmen der Organisationsbetrachtung viele Dienstposten gestrichen bzw. einseitig in der Besoldung nach unten herab bewertet. Der Vorsitzende des **BSBD Berlin**, **Thomas Goiny**, ist über dieses einseitige „Degradierung“ der täglichen Arbeit im Justizvollzug entsetzt. „Anerkennung und Wertschätzung sieht völlig anders aus. Gleichzeitig werden die Erfolge, die gemeinsam mit den Abgeordnetenhaus im Jahr 2013 erreicht wurden, werden wieder auf Null gestellt, wenn jetzt die Beförderungssämter eingespart werden und die Aufgaben in vielen Bereichen der Sicherheit der Vollzugsanstalten nur noch mit A 8 bewertete werden“.

### Täuschen, Tarnen, Tricksen

Die Interessenvertretungen im Justizvollzug hatten sich mehrheitlich im September 2014 dafür ausgesprochen, an dem von Seiten der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz in Leben gerufenen „Kreis Schmöckwitz 205“, nicht mehr teilzunehmen, da der einzige Arbeitskreis, (Aufgabenkritik) die Einsparungen in Höhe von 205 Stellen erarbeitet hatte und es fester Wille der Verwaltung war diese Einsparung auch umzusetzen. Die Beschäftigtenvertretungen und der **BSBD** hatten von Anfang an eine Beteiligung an der Erarbeitung von Personaleinsparungen abgelehnt. Nunmehr wurden im Rahmen der Organisationsuntersuchung die Einsparungen erbracht. Nach Aussagen von Seiten der Dienststellen hofft man deshalb, um Einsparungen bei den Finanzberatungen herum zu kommen.

Der **BSBD Berlin** wird diesen Täuschenspielertricks, deren Personaleinsparungen auf dem Rücken der Gesundheit der Beschäftigten ausgetragen werden, nicht mittragen. „Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Politik und Gesellschaft unseren schwierigen Job anerkennen und endlich entsprechend entlohnen“, äußerte sich **Goiny** abschließend.



Thomas Heilmann (CDU).

Foto: BSBD Berlin

# Senatsklausur beschließt neue Wege in der Personalpolitik

Strategie einer bedarfsgerechten Personalausstattung wird verfolgt

**Zu den wesentlichen Ergebnissen der Klausur des Berliner Senats am 8. Januar 2015 zählt eine neue Weichenstellung in der Personalpolitik, die künftig nicht mehr vom Rotstift diktiert werden, sondern sich am Bedarf orientieren soll. Wörtlich heißt es in dem Ergebnispapier zum Thema „Neue Wege in der Personalpolitik“:**

„Der Senat verfolgt eine Strategie der bedarfsgerechten Personalausstattung und der Konsolidierung. Er ist sich der Tatsache bewusst, dass sich die Stadt rasant weiterentwickelt und die Bevölkerung wächst. Vor diesem Hintergrund ist die Personalpolitik zu definieren. Stellenmehrforderungen, die auf die steigende Bevölkerungszahl Berlins und/oder zusätzliche Aufgaben zurückzuführen sind, werden anerkannt, sofern sie nachvollziehbar und auf die jeweiligen Aufgaben bezogen begründet sind. So wurden bereits 295 neue Stellen in den Bezirken, 1.400 neue Stellen in den Schulen, 380 neue Stellen bei der Polizei und im polizeinahen Vollzugsdienst sowie der Übernahme von

Nachwachskräften (rund 440) bewilligt. Damit beträgt der anerkannte Personalbedarf schon heute 103.100 VZÄ. **Zur Fortschreibung seines Personalentwicklungskonzepts hat der Senat unter anderem folgende Eckpunkte vereinbart:**

- Bereiche der wachsenden Stadt werden mit zusätzlichen Stellen ausgestattet. Dies sind unter anderem 31 neue Stellen in den bezirklichen Bürgerämtern und 59 Stellen für die Transferkostensteuerung in den Sozialämtern (2014/2015). Zudem sind die Elterngeldstellen bedarfsorientiert auszustatten, die Kapazität der bezirklichen Ordnungs- und Bauämter zu verbessern sowie neue Stellen für Polizei und Feuerwehr ab 2016 zu schaffen.
- Die Einstellungszahlen bei den beamteten Nachwuchskräften des allgemeinen nichttechnischen Verwaltungsdienstes werden erhöht. Ebenso erhöht werden die Ansätze für Ausbildungsmittel (derzeit 110 Millionen Euro p. a.).
- **Eine Übernahmegarantie für alle Auszubildenden des Verwaltungsdienstes und des Justizvollzugs.**

- Bedarfsgerechte Nutzung der im Rahmen der erfolgten Laufbahnrechtsreform geschaffenen Möglichkeiten zur Öffnung von Laufbahnen im technischen und nichttechnischen Verwaltungsdienst sowie eine Prüfung zum Haushaltsplanentwurf 2016/2017, ob weitere Laufbahnrechtsreformen zur Deckung des Personalbedarfs in diesen Bereichen erforderlich sind.
- Stärkung der Nachwuchs- und Führungskräftequalifizierung unter anderem durch die Verwaltungsakademie und Einrichtung eines ‚Leadership-Programms‘.
- Beschleunigung aller Einstellungsverfahren durch E-Recruiting und Entbürokratisierung der Verfahren. Darüber hinaus ist die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, um trotz knapper personeller Ressourcen effektive Verwaltungsabläufe und eine bürgerfreundliche Verwaltung zu gewährleisten“.

Der **BSBD Berlin** wird die Senatsaktivitäten zwischen Absicht und Ergebnis genau verfolgen!

## BBBank beste überregionale Filialbank 2014

**Den Titel „Bank des Jahres“ aus dem Jahr 2013 hat die BBBank erfolgreich verteidigt und den Abstand zu den Nachfolgern noch vergrößert.**

Der Nachrichtensender **n-tv** und das **Deutsche Institut für Servicequalität (DISQ)** hat die Bank als „Beste überregionale Filialbank 2014“ ausgezeichnet. Der Beitrag, der am 27.11.2014 in der

der Sendung „**n-tv Ratgeber**“ gesendet wurde, ist in der Mediathek des Senders abrufbar.

**DISQ** und **n-tv** stellen fest: „Der erste Rang ging an die **BBBank**, die als einziger Anbieter (...) das Qualitätsurteil „sehr gut“ erzielte.“

Das Unternehmen setzte sich in sämtlichen abgefragten Leistungsbereichen – auch beim Service und den Konditionen – gegen die Konkurrenz der überregionalen Banken durch.“ Von August bis Oktober 2014 hatten die Kunden

die Möglichkeit, ihre Bank über einen Online-Fragebogen zu beurteilen.

Im Fokus der Bewertungen standen unter anderem die Zufriedenheit mit dem Service, den Konditionen sowie den Aspekten Transparenz und Sicherheit.

In der Auswertung wurden nur Banken berücksichtigt, die jeweils mindestens 100 Kundenmeinungen auf sich vereinten. Dies traf auf 41 Banken zu. Es gingen insgesamt 28.070 Bewertungen ein.

## Erneuter Brand in der JVA Heidering lässt viele Fragen offen!

Sieben Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst immer noch unbesetzt

**Ein Brandfall in der Justizvollzugsanstalt Heidering in der Nacht auf den 07. Januar 2015, hat erneut gezeigt, dass in der „Musteranstalt“ Heidering noch lange nicht alles gut durchorganisiert ist und für die sichere Betreuung und Behandlung der Gefangenen anscheinend wichtige Grundlagen fehlen.**

18 Monate nach der Inbetriebnahme der Vollzugsanstalt sind sicherheitstechnische Standards noch immer nicht erfüllt. Auch wurden bisher keine Rettungs- oder Evakuierungsübungen durchgeführt. Dies ist anscheinend auch ein personelles Pro-

blem in der Vollzugsanstalt. So sind noch immer sieben Stellen im allgemeinen Vollzugsdienst unbesetzt. Nach Aussagen der Anstaltsleitung müssen im nächsten Doppelhaushalt sogar noch zusätzliche 18 Stellen beantragt werden, um den Mindeststandard erfüllen zu können. Eines der Hauptprobleme scheint aber die geringe Beschäftigung der Inhaftierten zu sein. So fehlen für den Großteil der Gefangenen immer noch sinnvolle Betätigungsfelder. Die Vielzahl der Arbeits- und Ausbildungsbetriebe, wie z. B. in den Anstalten Tegel und Moabit vorhanden, fehlt dort völlig. Freizeitangebote schei-

nen eher begrenzt. „Hier macht sich jetzt negativ bemerkbar, dass die JVA Heidering als Baustelle eröffnet und der Betrieb erst nach und nach aufgenommen wurde. Ein echter Probetrieb im fertigen Zustand wurde nicht durchgeführt, wie es bundesweit in neu gebauten Anstalten üblich ist. Die Stellenbesetzungsverfahren haben viel zu lange gedauert“, sagte der Landesvorsitzende des **BSBD Berlin Thomas Goiny**. Der **BSBD** erwartet, dass die personellen Verstärkungen umgehend umgesetzt und die Beschäftigten auf die vielfältigen Krisensituationen fortgebildet werden.